



SWR2 Zeitwort

**25.03.1958:**

Der Bundestag stimmt für die atomare Bewaffnung

Von Josef Karcher

Sendung: 25.03.2023

Redaktion: Susanne Schmaltz

Produktion: SWR 2019

SWR2 Zeitwort können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter [www.SWR2.de](http://www.SWR2.de) und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:  
<http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/zeitwort.xml>

---

**Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

---

**Die neue SWR2 App für Android und iOS**

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: [www.swr2.de/app](http://www.swr2.de/app)

**Autor:**

Der Kalte Krieg erlebte Ende der 1950er Jahre immer wieder heiße Phasen. Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs lieferten sich mit Atomtests einen Dauerwettbewerb. Obendrein war die Sowjetunion mit dem Satelliten Sputnik erstmals ins Weltall vorgedrungen, vor den Amerikanern. Das Wort vom Sputnik-Schock machte die Runde. Gleichzeitig warnten renommierte Wissenschaftler wie Werner Heisenberg und Otto Hahn, die Kernenergie militärisch zu nutzen. Ihr Protestschreiben an die Regierung Adenauer, auf Atombewaffnung zu verzichten, fand großes öffentliches Echo und löste eine Solidaritätswelle aus, vor allem in akademischen und kirchlichen Kreisen.

Trotzdem trieb die Bundesregierung ihr Projekt voran, die junge Bundeswehr mit Atomwaffen auszustatten, vielmehr durch die Amerikaner ausstatten zu lassen. Vier Tage lang wurde im Bundestag darüber gestritten. Gustav Heinemann von der SPD äußerte größte Bedenken:

**O-Ton von Gustav Heinemann:**

Sie fragen uns, ob wir verantworten wollen, dass die Sowjetunion uns überwinden könnte. Ich frage Sie, können Sie es verantworten, dass unser aller Selbstmord als die Alternative gegen ein politisches System ins Auge gefasst wird.

**Autor:**

Verteidigungsminister Strauß (CSU) wollte den Argumenten der Atomwaffengeegner nicht folgen und entgegnete in eigener Logik:

**O-Ton von Franz Josef Strauß:**

Wenn der Angreifer weiß, dass Nukleare Waffen auf der anderen Seite, jetzt nach ihrer Welttheorie, nicht zur Verfügung stehen, dann bleibt doch nichts anderes übrig als bedingungslose Kapitulation.

**Autor:**

SPD-Fraktionschef Erich Ollenhauer legte nach und kündigte Widerstand an:

**O-Ton von Erich Ollenhauer:**

Die Sozialdemokratie wird den Kampf gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr mit allen ihr zur Verfügung stehenden Verfassungsmäßigen Mitteln fortsetzen und steigern.

**Autor:**

Am 25. März 1958 schließlich die Abstimmung, dokumentiert von der Tagesschau:

**O-Ton aus der Tagesschau:**

Als die Abgeordneten um Mitternacht das Haus verließen, war eine der schwerwiegendsten Entscheidungen der deutschen Nachkriegsgeschichte gefallen. Gegen den scharfen Widerstand der SPD und FDP hatte das Parlament die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen beschlossen.

**Autor:**

Nach einer Umfrage sprachen sich 83 Prozent der Bevölkerung gegen die Atombewaffnung aus. Der Protest wurde auf die Straße getragen, die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ fand enormen Zulauf. Zum Beispiel in Hamburg:

**O-Ton von einer Demo in Hamburg:**

„Kampf dem Atomtod“ – unter diesem Leitwort versammeln sich über 120.000 Hamburger zur, bis dahin größten Demonstration gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr. Bürgermeister Max Brauer begründet in seiner Ansprache die Absicht, eine Volksbefragung zu dem heftig umstrittenen Thema durchzuführen.

**Autor:**

Hamburg und Bremen, beide Länder SPD-geführt, verabschiedeten Landesgesetze für eine eigene Volksbefragung. Die Bundesregierung klagte dagegen in Karlsruhe, und das Bundesverfassungsgericht gab ihr Recht:

**O-Ton des Bundesverfassungsgerichts:**

Das hamburgische Gesetz, betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen vom 9. Mai 1958 und das bremische Gesetz betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen vom 20. Mai 1958, sind nichtig.

**Autor:**

So gewaltig der Protest auch begonnen hatte, er versandete. Der Bundestagsbeschluss war nicht mehr rückgängig zu machen. Dass die Bundesrepublik freilich die Verfügungsgewalt über Atomwaffen bekommen sollte, das war undenkbar. Trägersysteme ja.

**O-Ton aus der Tagesschau:**

Für die Bundeswehr bereits bestellt: ‚Honest John‘.

**Autor:**

Aber die nuklearen Sprengköpfe blieben unter der vollen Kontrolle der Amerikaner. Bis heute.